



## Antrag

der Abgeordneten **Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Martin Bachhuber, Barbara Becker, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Harald Kühn, Dr. Franz Rieger, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### **Neue Spielräume aus Corona-Fonds der EU für Stärkung der Grenzregionen einsetzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung dazu auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass neu entstehende Spielräume bei der Verteilung von Mitteln der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU auch zur Stärkung der ostbayerischen Grenzregionen eingesetzt werden.

### **Begründung:**

Nach neuesten und in diesen Tagen veröffentlichten Berechnungen des Brüsseler Thinktanks Bruegel könnte Deutschland aufgrund der im europäischen Vergleich schwächer ausfallenden Wirtschaftserholung im vergangenen Jahr einen höheren Anteil am Corona-Hilfsfonds erhalten. So könnten die Mittel statt der bislang veranschlagten 25,6 Mrd. Euro um etwa 10 Prozent und damit um über 2,5 Mrd. Euro höher ausfallen. Dies ergibt sich aus den Regeln für das Unterstützungsprogramm, das einen Teil der Zuschüsse (30 Prozent) aufgrund der jeweiligen wirtschaftlichen Erholung der Länder vergibt. Da die Steigerung der deutschen Wirtschaftsleistung 2021 mit 2,8 Prozent schwächer als bei anderen Ländern ausgefallen ist, steht eine deutliche Erhöhung im Raum. Statt 9,3 Mrd. Euro im „30-Prozent-Block“ wären nach Berechnungen der Wachstumswerte von 2020 und 2021 sowie aktuellen Prognosen etwa 12 Mrd. Euro verfügbar. Auch beim Nachbarland Tschechien werden zusätzliche Mittel aus dem „30-Prozent-Block“ erwartet.

Die Entscheidung über die genaue Summe und die Verteilung steht bei der EU-Kommission im Sommer an, sodass Deutschland jetzt Vorschläge einreichen muss, in welchen Bereichen staatliche Investitionen aus dem Corona-Fonds zusätzlich unterstützt werden sollen. Da sowohl Deutschland als auch Tschechien betroffen sind, bietet sich eine Schwerpunktsetzung bei den ostbayerischen Grenzregionen zu Tschechien in besonderem Maß an. Im Sinne einer Grenzraumstrategie könnten in enger Abstimmung mit den tschechischen Partnern gezielte Akzente bei Wissenschaft, Innovation, Bildung, Infrastruktur und Austausch gesetzt werden. Dies erscheint umso bedeutsamer, da die bayerisch-tschechischen Grenzregionen stark von den Auswirkungen der Coronapan-

demie mit mehrfachen Grenzschießungen betroffen waren. Hier mit zusätzlichen Mitteln konkret anzusetzen, erscheint daher vielversprechend im Sinne des Coronaprogrammes. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, schnell und in enger Abstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung Vorschläge zu entwickeln. Regionale Vorschläge, die bereits vorliegen, könnten dabei herangezogen werden.